

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung von Berlin (West) 1989/90	149
Strukturelle Defizite im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West)	156
Bauwirtschaft: Beschleunigte Zunahme von Nachfrage und Produktion	160

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/90

Berlin

29. März 1990

57. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung von Berlin (West) 1989/90

Der wirtschaftliche Aufschwung in Berlin (West) hat im vergangenen Jahr an Tempo gewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt lag real um 3,5 vH über dem Ergebnis von 1988; der Zuwachs war so hoch wie in der gesamten Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Leistung ist in allen Zweigen der West-Berliner Wirtschaft gestiegen, besonders stark in der Industrie, den privaten Dienstleistungen sowie im Verkehrsgewerbe und Nachrichtenwesen. Die heimische Bauwirtschaft konnte die Leistung indes nur unterdurchschnittlich steigern. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in der Stadt um 1,5 vH. Wegen der vielen Zuwanderer konnte sich aber die Lage am Arbeitsmarkt nicht entspannen. Für das laufende Jahr ist damit zu rechnen, daß sich die günstige Wirtschaftsentwicklung eher noch verstärkt.

Vorbemerkung

Die politischen Veränderungen in der DDR erschweren die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung von Berlin (West) mit seiner besonders exponierten Lage erheblich. Die Prognose für das laufende Jahr ist wegen der zu erwartenden Einflüsse aufgrund der Öffnung der DDR mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Für 1990 wird angenommen, daß es zu Anpassungen der DDR an das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik mit der D-Mark als alleiniger Währung kommt.

Anhaltender Aufschwung der Industrie

Die Leistung des verarbeitenden Gewerbes ist im letzten Jahr kräftig gestiegen. Zwar zeigten sich in der Jahresmitte Abschwächungstendenzen, im vierten Quartal zog die Produktion aber wieder stark an. Erstmals seit 1986 kam es in der Industrie zu einer Ausweitung der Beschäftigung, wenn auch die Zuwachsrate etwas unter der im übrigen Bundesgebiet lag.

Überdurchschnittlich stark — auch im Vergleich zum Bundesgebiet — expandierte der Maschinenbau, Folge

der allgemein starken Nachfrage nach Maschinenbauerzeugnissen sowie der erheblichen Modernisierungsanstrengungen in dieser Branche. Auch die chemische Industrie hat bei Produktion und Beschäftigung deutlich zugelegt. Das auch im Bundesvergleich günstige Ergebnis hatte strukturelle Gründe. Ins Gewicht fiel, daß in West-Berlin keine chemischen Grundstoffe hergestellt werden; die Nachfrage nach diesen Produkten stieg im vergangenen Jahr nur schwach. Kräftig nahm dagegen die Produktion in der pharmazeutischen Industrie zu — der wichtigsten Sparte der heimischen Chemieindustrie. Von Bedeutung ist auch, daß der Produktionsanteil von Gütern, die von den Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen tangiert werden, in Berlin geringer ist als im Bundesgebiet. Auch die in der Stadt stark vertretene Herstellung von Körperpflegemitteln hatte hohe Zuwächse.

Wiederum ungünstig verlief die Entwicklung in der Elektroindustrie, dem bedeutendsten Industriezweig von Berlin (West). Bei einer nur mäßigen Ausweitung der Produktion wurde die Beschäftigung weiter reduziert. Für die anhaltende Schwäche ist die insgesamt ungünstige Produktpalette verantwortlich. Dazu kommen anhaltende Probleme im hier wichtigen Bereich der Nachrichtentechnik.

Innerstädtische Nachfrage

Weitere Belebung des privaten Konsums

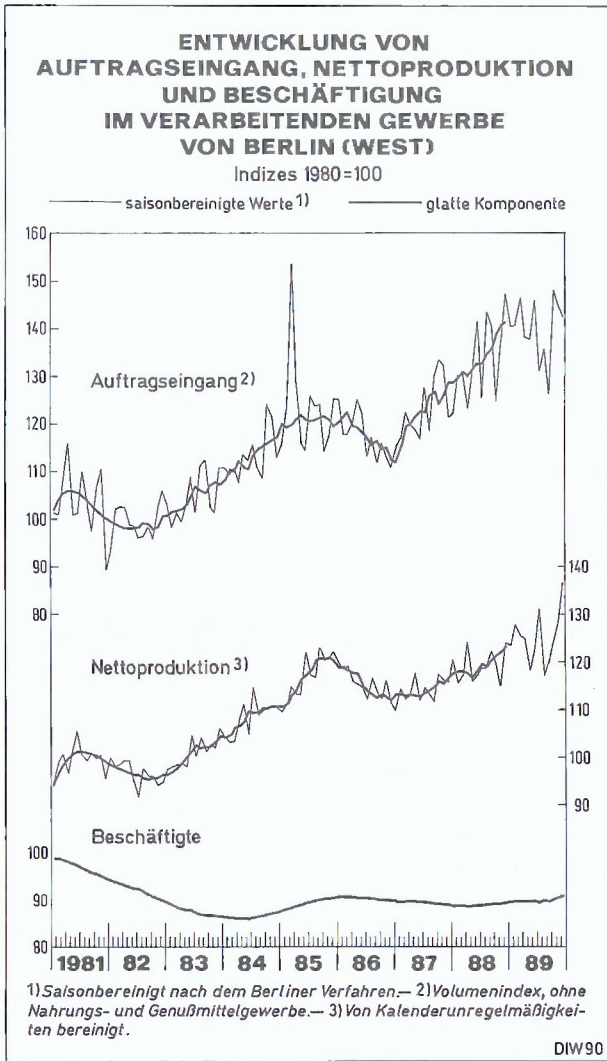
Die privaten Haushalte haben im vergangenen Jahr ihre Ausgaben um real 2,5 vH erhöht. Dies ist eine deutlich stärkere Steigerung als in der gesamten Bundesrepublik (1,7 vH). Der Unterschied ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß das verfügbare Einkommen wegen der überproportional starken Zuwanderungen in Berlin (West) kräftiger als in der gesamten Volkswirtschaft gewachsen ist. Wie im Bundesgebiet haben auch in Berlin (West) die privaten Haushalte im letzten Jahr im Hinblick auf die günstige allgemeine und persönliche Wirtschaftslage ihre Sparquote verringert.

Die Verbraucherpreise sind im letzten Jahr deutlich gestiegen. Dazu beigetragen haben die Erhöhungen bei den indirekten Steuern. In Berlin (West) haben sich die Lebenshaltungskosten um 2,7 vH erhöht; in der gesamten Volkswirtschaft waren es 3,0 vH. Ausschlaggebend für die Differenz war die in der Stadt nur mäßige Teuerung bei Nahrungs- und Genußmitteln. Dazu kommen geringere Preisaufschläge bei der — zuletzt allgemein erheblich teurer gewordenen — Haushaltsenergie. Stärker als im Bundesgebiet zogen in Berlin die Mieten an sowie die Preise für Güter zur Unterhaltung und Freizeitgestaltung.

Im laufenden Jahr wird sich der private Konsum weiter beleben. Der Preisanstieg hat sich zuletzt nicht verstärkt. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß im Zuge insgesamt steigender Nachfrage die Preise anziehen könnten. Auf jeden Fall wird das verfügbare Einkommen kräftiger als die Lebenshaltungskosten wachsen. Ins Gewicht fällt die dritte Stufe der Steuerreform. Sie entlastet merklich die privaten Haushalte, allerdings die mit niedrigem Einkommen und hoher Konsumquote weit weniger als die Bezieher hoher Einkommen. In Berlin (West) fällt der Entlastungseffekt zudem etwas geringer aus als im Bundesgebiet, weil die Erwerbstätigen wegen der Einkommensvergünstigungen nach dem Berlinförderungsgesetz einen höheren steuerfreien Anteil am gesamten Haushaltseinkommen haben. Zusätzliche Nachtragsimpulse sind auch in diesem Jahr von den Aus- und Übersiedlern zu erwarten, obwohl die besonderen Unterstützungsleistungen für diesen Personenkreis demnächst weiter gekürzt werden sollen. Die Zuwanderung wird sich im weiteren Verlauf des Jahres wohl abschwächen.

Für 1990 ist mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs um real 3 vH zu rechnen. Aufgrund der bereits starken Konsumsteigerung im Vorjahr und wegen des etwas geringeren Anstiegs der verfügbaren Einkommen

¹ Die künftige Nachfrageentwicklung kann anhand der gemeldeten Auftragseingänge allerdings nur bedingt zuverlässig geschätzt werden. Unternehmensinterne Lieferungen, die für einige Zweige des verarbeitenden Gewerbes von Berlin (West) von erheblicher Bedeutung sind (u. a. Straßenfahrzeugbau), werden statistisch nicht erfaßt.



Insgesamt kein gutes Jahr hatte auch die Berliner Ernährungsindustrie. In den meisten Sparten war die Produktion kaum höher als im Vorjahr. In der Tabakindustrie war die Entwicklung weiterhin durch den förderungsbedingten Trend zur Zigarettenproduktion geprägt.

Die weiterhin rege Nachfrage nach Investitionsgütern und die zu erwartende kräftige Zunahme des privaten Verbrauchs werden 1990 auch die Produktion der Berliner Industrie stimulieren. Dies läßt sich auch an den zuletzt starken Zunahmen der Auftragseingänge¹ ablesen. Zusätzliche Nachfrageimpulse dürften sich auch durch die Veränderungen in der DDR ergeben, die im laufenden Jahr vor allem in einigen Bereichen der Konsumgüterherstellung produktionswirksam werden dürften. Insgesamt wird die Beschäftigung 1990 im verarbeitenden Gewerbe um reichlich 1,5 vH höher sein als im letzten Jahr, die Leistung um etwa 5,5 vH steigen.

**Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes
in Berlin (West) und in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH**

	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾		Chemie		Maschinenbau		Straßenfahrzeuge		Elektrotechnik		Ernährung		Tabak	
	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik
	Auftragseingang ³⁾													
1988	8,6	7,6	12,2	6,0	14,3	12,3	-1,3	3,8	10,5	9,4
1. Vierteljahr	8,9	7,5	2,5	8,0	-3,0	8,8	2,1	0,8	15,1	9,0
2. Vierteljahr	11,6	7,9	24,7	6,8	32,1	15,6	-1,2	1,0	10,2	9,2
3. Vierteljahr	8,6	7,4	-2,5	4,5	14,5	12,1	-6,4	8,6	9,1	8,3
4. Vierteljahr	5,6	7,6	26,0	4,6	14,6	12,9	-0,3	4,9	8,2	10,8
1989	4,5	7,1	-4,9	2,9	11,7	13,0	17,5	11,8	9,8	7,3
1. Vierteljahr	11,5	7,1	3,7	2,8	34,9	16,0	21,5	14,4	17,4	9,9
2. Vierteljahr	5,7	11,4	13,1	5,1	6,0	20,1	8,8	12,6	-0,2	11,7
3. Vierteljahr	-5,1	4,9	-1,6	1,5	-1,1	10,6	5,3	7,7	1,5	3,4
4. Vierteljahr	6,4	5,3	-27,8	2,0	10,5	5,6	32,2	12,7	20,2	5,6
	Nettoproduktion ⁴⁾													
1988	4,6	4,1	5,1	5,4	10,7	2,4	5,8	0,1	2,1	5,2	3,9	2,7	4,5	-0,2
1. Vierteljahr	5,4	4,1	6,2	6,8	-7,3	1,6	7,7	-1,1	4,1	3,8	7,6	4,1	3,1	0,2
2. Vierteljahr	4,2	3,1	6,5	4,8	4,7	-1,2	16,9	-1,0	-1,1	4,9	0,5	1,7	4,9	1,3
3. Vierteljahr	6,6	4,7	3,0	4,5	36,0	6,8	-6,7	0,6	1,2	5,4	5,0	2,2	7,8	3,2
4. Vierteljahr	2,5	4,2	4,4	5,5	12,0	2,9	5,5	1,8	4,3	6,4	2,8	3,0	2,1	-5,5
1989	5,2	5,2	10,8	1,6	15,4	10,1	7,4	7,3	4,1	8,9	2,0	3,7	6,1	0,9
1. Vierteljahr	7,1	5,2	14,5	3,9	23,9	9,0	8,7	6,6	4,8	9,0	-0,8	0,0	9,0	-0,6
2. Vierteljahr	3,1	5,4	2,2	1,3	11,6	12,0	4,3	7,7	5,1	9,1	6,7	4,7	3,8	-0,9
3. Vierteljahr	2,0	4,9	11,9	0,2	2,7	10,7	3,9	8,2	2,1	9,7	-2,6	3,5	5,6	1,0
4. Vierteljahr	8,6	5,5	15,1	1,0	24,9	8,6	12,3	6,9	4,3	8,2	4,4	6,1	6,3	4,4
	Beschäftigte ⁵⁾													
1988	-0,3	-0,1	3,0	1,0	-1,4	-0,5	0,6	0,2	-2,4	1,0	1,6	-0,0	5,1	-2,7
1. Vierteljahr	-0,8	-0,5	2,2	0,7	-3,8	-1,0	3,1	0,4	-2,6	0,1	3,3	-0,2	3,5	-2,9
2. Vierteljahr	-0,7	-0,3	2,8	0,8	-2,6	-0,7	1,4	0,2	-2,6	0,7	1,7	-0,2	4,0	-3,0
3. Vierteljahr	-0,1	0,1	3,5	1,1	-0,5	-0,2	-1,1	-0,0	-2,3	1,4	1,3	0,1	7,1	-2,2
4. Vierteljahr	0,4	0,4	3,5	1,3	1,2	0,0	-0,6	0,3	-2,1	1,6	0,4	0,2	6,0	-2,8
1989	1,1	1,5	2,5	1,3	5,3	2,7	1,9	1,3	-1,3	2,4	-0,6	0,3	3,7	-4,7
1. Vierteljahr	0,9	1,0	2,8	1,0	4,3	1,2	-0,5	0,6	-1,6	2,1	-0,2	0,4	4,2	-4,4
2. Vierteljahr	1,1	1,3	2,4	1,1	4,5	2,0	1,3	1,2	-1,1	2,4	-1,0	0,3	4,3	-5,5
3. Vierteljahr	0,8	1,7	2,4	1,4	5,4	3,2	4,0	1,6	-1,5	2,7	-1,2	-0,1	2,6	-4,8
4. Vierteljahr	1,4	2,1	2,3	1,6	6,9	4,4	2,8	1,6	-0,7	2,4	0,2	0,4	3,7	-4,0
1990	1,5

1) Einschließlich Berlin (West). — 2) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. — 3) Preisbereinigt. Der Auftragseingang für Berlin enthält nur Aufträge von Fremdfirmen. Unternehmensinterne Aufträge, die vor allem in der Elektroindustrie und im Straßenfahrzeugbau eine Rolle spielen, werden seit 1985 nicht mehr erfaßt. — 4) Arbeitstäglich. — 5) Nach fachlichen Betriebsteilen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

in Berlin (West) erhöht sich hier der private Verbrauch etwas schwächer als im Bundesgebiet (3,5 vH)²⁾.

Infolge des regen Konsums der heimischen Bevölkerung konnte der Handel seine Leistung 1989 preisbereinigt um etwa 3 vH erhöhen und die Zahl der Beschäf-

tigten um 0,6 vH ausweiten. Darüber hinaus trug zum Jahresende die Nachfrage von DDR-Bürgern zu dem

²⁾ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1990. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1990.

guten Ergebnis bei. Nach den Einzelhandelsumsätzen im Dezember zu urteilen, wurden diese Impulse aber durch eine gedämpfte Konsumbereitschaft der heimischen Bevölkerung zum Teil kompensiert. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung des Handels kräftig expandieren. Einmal nimmt der private Verbrauch verstärkt zu, zum anderen wird durch vermehrte Käufe von Personen aus der DDR — diese Käufe werden statistisch dem Export zugeordnet³ — das Geschäft enorm belebt. Für das erste Quartal dieses Jahres zeichnet sich nach ersten Informationen ab, daß sich die Handelsumsätze aufgrund der Nachfrage aus der DDR im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum spürbar erhöht haben. Die Währungsunion mit der DDR wird in Berlin (West) mit seinem großen Einzugsbereich einen Wachstumsschub im Handel auslösen. Bei dem zu erwartenden Angebot westlicher Waren in der DDR selbst könnte sich aber zum Jahresende hin die Nachfrage etwas abschwächen.

Auch andere Wirtschaftszweige profitierten von der Öffnung der DDR, und zwar insbesondere der Verkehrsbereich sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe. Leistung und Beschäftigung werden 1990 bei den konsumnahen Dienstleistungen und im Verkehrsgewerbe deutlich zunehmen.

Nur geringes Wachstum des öffentlichen Verbrauchs

Der Staatsverbrauch, Summe der Personal- und Sachausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ist ersten Schätzungen zufolge im letzten Jahr nur wenig — real um 0,4 vH — gestiegen. Stark ins Gewicht fallen dabei die Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen, die zu einer Minderung der Sachausgaben geführt haben. Auf der anderen Seite mußten zusätzliche Leistungen für die Aus- und Übersiedler erbracht werden.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst war 1989 um knapp 1 vH höher als im Vorjahr. Dieser Zuwachs entspricht etwa dem im staatlichen Sektor des Bundesgebietes. Zusätzliche Stellen wurden im wesentlichen von den Landesbehörden eingerichtet. Einmal wurde die Beschäftigung aufgrund der Arbeitszeitverkürzung ausgeweitet, zum anderen wurden Arbeitskräfte in sozialen Bereichen mit besonders dringendem Bedarf sowie für Umweltschutzaufgaben eingestellt.

1990 dürften die Sachausgaben der Sozialversicherungsträger nach der kräftigen Reduzierung im Vorjahr wieder zunehmen. Die konsumtiven Ausgaben des Landes — die den weitaus größten Teil des hiesigen Staatsverbrauchs ausmachen — werden nach den bisherigen Haushaltsplanungen nur wenig steigen. Danach würde auch der Personalzuwachs deutlich geringer sein als im abgelaufenen Jahr. Es ist beabsichtigt, den durch steigende soziale Probleme zu erwartenden zusätzlichen Aufgaben durch Umschichtungen von Arbeitskräften gerecht zu werden. Fraglich ist, ob dies den Erfordernissen

entsprechen wird; angesichts knapper Haushaltsmittel sind die Handlungsmöglichkeiten jedoch beschränkt.

Kräftiger Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Nach den vorliegenden Informationen sind die Aufwendungen für neue Ausrüstungen im letzten Jahr nochmals kräftig erhöht worden. Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen stiegen um reichlich 10 vH; nach Abzug der Preissteigerungsrate verbleibt ein Zuwachs von 8 vH.

Eine Gliederung nach Wirtschaftszweigen liegt von der amtlichen Statistik noch nicht vor. Die Ergebnisse einer eigenen Erhebung zeigen, daß die Ausrüstungsinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe weit überdurchschnittlich zugenommen haben. Befragt wurden größere Unternehmen, auf die etwa die Hälfte der Industriebeschäftigten in Berlin entfällt. Dabei zeichnet sich ab, daß vielfach über die Investitionsplanungen vom Frühjahr letzten Jahres hinaus Maschinen und Einrichtungen angeschafft wurden. Auf eine insgesamt außerordentlich rege Investitionstätigkeit in der Industrie lassen die Auszahlungen der Berliner Industriebank von ERP-Mitteln und zinsgünstigen Krediten nach § 16 BerlinFG schließen. Kaum zusätzliche Impulse kamen indes von den Wirtschaftsbereichen, deren Investitionstätigkeit wenig mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zusammenhängt. Nach den bisherigen, allerdings noch nicht vollständigen Informationen haben die Energieunternehmen, die in den letzten Jahren mit größeren Projekten stark zur Investitionstätigkeit in der Stadt beigetragen haben, im vergangenen Jahr offenbar weniger investiert.

Für 1990 deutet sich an, daß das Wachstumstempo vom Vorjahr nicht beibehalten wird. Insgesamt werden die Investitionen in Maschinen und Einrichtungen noch um real 6 vH steigen. Im Energiesektor ist mit einem — umweltschutzbedingten — Investitionsschub zu rechnen. Im Verkehrsbereich werden die Ausrüstungsinvestitionen vor allem wegen zusätzlicher Beförderungsaufgaben im Zusammenhang mit der Öffnung der DDR kräftig erhöht. Im verarbeitenden Gewerbe indes dürften die Zuwachsraten deutlich geringer ausfallen als 1989, da einmal eine nicht unerhebliche Zahl von Großprojekten inzwischen abgewickelt worden ist sowie Investitionen im Hinblick auf den Abbau von Fördermitteln vorgezogen worden sind.

Belebung der Bautätigkeit

Die Bauinvestitionen wuchsen 1989 in Berlin (West) nicht so stark wie in der gesamten Volkswirtschaft. Während die Bauinvestitionen in der Stadt real um 4,5 vH zunahmen, waren es dort reichlich 7 vH.

³ Vgl. hierzu auch Verbrauchskonjunktur zum Jahresausklang durch Übersiedlerwelle begünstigt. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1989. Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1990.

**Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
für Berlin (West)**
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche bzw. Verwendungskomponenten	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ²⁾
Entstehung des Sozialprodukts³⁾ (zu Preisen von 1980, ohne Verbrauchsteuern)				
Produzierendes Gewerbe	-0,5	4,2	4,4	5,5
Energie, Wasserversorgung	4,4	0,5	2,2	2
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	4,7	4,9	5,5
Baugewerbe	-0,9	3,6	2,2	6
Handel und Verkehr	1,9	2,9	4,2	8
Handel	1,0	1,9	3,1	8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3,7	4,7	6,9	7
Private Dienstleistungen	2,8	2,3	3,3	3,5
Staat	0,8	0,8	1,3	2
Bruttowertschöpfung insgesamt ⁴⁾	1,2	2,8	3,5	4
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	1,3	3,0	3,5	4
<i>Bruttoinlandsprodukt Bundesrepublik</i>	1,9	3,7	3,5	3,5
Verwendung des Sozialprodukts (zu Preisen von 1980, ohne Verbrauchsteuern)				
Inländische Verwendung	1,9	3,0	2,5	3,5
Privater Verbrauch	2,7	2,5	2,5	3
Öffentlicher Verbrauch	1,6	1,5	0,4	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	2,4	4,0	8,0	6
Bauinvestitionen	-1,3	3,8	4,5	6
Überregionale Warenlieferungen	-2,2	3,2	5,6	9
Überregionale Warenbezüge	0,0	3,7	4,8	7
Bruttosozialprodukt ⁶⁾	1,2	2,9	3,4	4
<i>Bruttosozialprodukt Bundesrepublik</i>	1,8	3,6	4,0	3,5
Erwerbstätige⁷⁾				
Produzierendes Gewerbe	-0,9	-0,4	1,1	1,5
Energie, Wasserversorgung	2,5	1,6	1,2	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-1,8	-1,0	1,2	1,5
Baugewerbe	1,5	1,2	0,6	2
Handel und Verkehr	1,0	0,7	1,0	2
Handel	0,4	0,5	0,6	2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2,1	1,0	1,7	2
Private Dienstleistungen	2,5	2,8	3,5	3,5
Staat	0,0	-0,2	0,9	0,5
Wirtschaft insgesamt	0,6	0,7	1,5	2
<i>Erwerbstätige Bundesrepublik</i>	0,7	0,6	1,5	1
¹⁾ Teilweise geschätzt. — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Unbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. — ⁴⁾ Unbereinigt, d.h. einschließlich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen. — ⁵⁾ Bruttoinlandsprodukt = unbereinigte Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. — ⁶⁾ Bruttosozialprodukt = Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Berliner von außerhalb beziehen, abzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Auswärtige aus Berlin beziehen. In diesen Saldo geht auch die Differenz zwischen der in der regionalen Produktion und der regionalen Verwendung enthaltenen Umsatzsteuer ein. — ⁷⁾ Inlandskonzept. <i>Quellen:</i> Statistisches Landesamt Berlin; DIW.				

Dabei ist die Leistung der heimischen Bauwirtschaft mit +2,5 vH langsamer gestiegen als die Bauinvestitionen. Ein wichtiger Grund dafür ist, daß zunehmend auswärtige Firmen von der hiesigen Baunachfrage profitieren. Dies gilt vor allem für den mit hohem Vorleistungsanteil und in kapitalintensiver Fertigungsweise erstellten Gewerbebau. Nach der Umfrage des DIW dürften die Bauinvestitionen in diesem Bereich überdurchschnittlich gestiegen sein, während die Leistung der Berliner Bauwirtschaft zurückging. Die Beschäftigung im Baugewerbe der Stadt nahm im letzten Jahr insgesamt leicht zu; dabei war die Zahl an Kurzarbeitern auffallend hoch.

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe war im Jahresverlauf ungewöhnlich. Bedingt durch die äußerst milde Witterung konnten die Baumaßnahmen zum Jahresbeginn weitgehend störungsfrei durchgeführt und die Auftragsbestände abgebaut werden. Mangels ausreichender zusätzlicher Nachfrage kam es vom April bis zum Spätsommer zu saisonunüblichen Produktionseinschränkungen, vor allem weil die geplanten Bauinvestitionen der öffentlichen Hand neu überdacht wurden und sich der Bau von Wohnungen streckenweise nur zögernd entwickelte. Nach der Flaute zog die Produktion im vierten Quartal deutlich an, so daß die Bauleistung im Jahresdurchschnitt das Niveau des Vorjahres übertreffen konnte.

Auch zwischen den Bausparten gab es im vergangenen Jahr erhebliche Diskrepanzen. In allen Teilen des Tiefbaus waren deutliche Zuwächse zu verzeichnen; die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden übertraf das Vorjahresergebnis um knapp 4 vH. Im Hochbau hingegen — auf den der weitaus größte Teil der Tätigkeit des Berliner Bauhauptgewerbes entfällt — stagnierte die Bauleistung nahezu. Dabei wurde der öffentliche Hochbau eingeschränkt. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war hier um etwa 10 vH geringer als 1988. Allerdings unterzeichnet dieser Indikator die tatsächliche Baunachfrage der öffentlichen Hand, weil erhebliche Mittel für die kapitalintensive Asbestsanierung aufgewendet werden mußten. Im Wohnungsbau konnte das Vorjahresergebnis deutlich übertroffen werden, weil die Produktion zum Jahresende anzog. Vielfach dürften die Bauobjekte noch nicht abgeschlossen sein, da die Zahl der 1989 fertiggestellten Wohnungen nur wenig höher als im Vorjahr war.

Die insgesamt unstete Baunachfrage hat auch dazu beigetragen, daß das Ausbaugewerbe 1989 das Niveau der Bautätigkeit vom Vorjahr nicht halten konnte; die Beschäftigung ging um 1,6 vH zurück. Die Nachfrage nach Modernisierungs- und Instandsetzungstätigkeiten reichte nicht aus, dies zu kompensieren. Es ist anzunehmen, daß ein zunehmender Teil der Ausbauleistungen außerhalb der öffentlichen Auftragsvergabe von auswärtigen Firmen erbracht wurde.

Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß sich die Bautätigkeit in der Stadt 1990 kräftig beleben wird. Im Wohnungsbau bestehen beträchtliche Auftragsüberhänge.

Der Senat hatte im letzten Jahr das Programm zur öffentlichen Wohnungsbauförderung erheblich ausgeweitet; es wurde auch vollständig ausgeschöpft. Überdies wurde das Teilprogramm zum Dachgeschoßausbau im Jahresverlauf nochmals aufgestockt. Wegen des Schubs an Förderungsbewilligungen zum Ende letzten Jahres wird diese Nachfrage erst in diesem Jahr in Bauleistungen umgesetzt werden. Wie hoch die zusätzliche Nachfrage aufgrund des diesjährigen — noch umfangreicheren — Wohnungsbauprogramms sein wird, ist schwer einzuschätzen. Die Politik steht vor dem Problem, den dringend benötigten Wohnraum zu vertretbaren Kosten zu schaffen. In jüngster Zeit kam es aber zu drastischen Preissteigerungen.

Zunehmen wird auch die Bautätigkeit im öffentlichen Hochbau, allein wegen des erheblichen Auftragsüberhangs. Zusätzliche Nachfrageimpulse sind nach den bisherigen Haushaltsplänen für 1990 nicht zu erwarten. Im Tiefbau deuten Aufträge und Planungen der öffentlichen Hand sowie der Versorgungsbetriebe ebenfalls auf eine Steigerung von Bauleistungen hin. Deutlich zeichnet sich eine Verlagerung vom Straßenbau zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ab. Allerdings dürfte ein Nachlassen der Straßenbautätigkeit weitgehend durch zusätzliche Ausgaben bei der Schaffung neuer Grenzübergänge kompensiert werden. Allein im Gewerbehochbau wird 1990 die Bautätigkeit geringer sein als im Vorjahr, wohl auch deshalb, weil sich bei der Energieversorgung die Hochbautätigkeit abschwächt.

Insgesamt dürfte die heimische Bauwirtschaft ihre Leistung im laufenden Jahr um 6 vH steigern. Dabei ist zu erwarten, daß die Beschäftigung um 2 vH wächst.

Hohe Arbeitslosigkeit im letzten Jahr

1989 waren im Jahresdurchschnitt rund 940 000 Personen erwerbstätig, reichlich 13 000 Personen mehr als im vorangegangenen Jahr. Zu dem Beschäftigungsaufbau hat offenbar vor allem die Ausweitung der Teilzeitarbeit beigetragen, wie die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für die ersten beiden Quartale belegt. Im gleichen Zeitraum waren durchschnittlich knapp 5 000 oder 5 vH weniger Arbeitslose registriert; dieser Rückgang dürfte aber im wesentlichen auf Änderungen in der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen sein⁴.

⁴ Nach § 15 AFG werden Personen nicht mehr als Arbeitslose gezählt, die keinen Leistungsanspruch an die Arbeitslosenunterstützung und die länger als drei Monate keinen Kontakt zum Arbeitsamt haben. Größtenteils wurde diese Bestimmung in den ersten Monaten 1989 wirksam. Dies führte schlagartig zu einer erheblichen Reduzierung des Arbeitslosenbestandes. Dazu kommt, daß seit Anfang letzten Jahres Ausländer, die der Arbeitsverlaubnispflicht unterliegen, vor der ersten Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik einschließlich Berlin statistisch nicht als Arbeitslose erfaßt werden. Überdies wurde im Zuge der Umstellung der Arbeitsamtsdateien auf EDV eine Statistikbereinigung vorgenommen.

Da das Angebot aus der heimischen Bevölkerung altersbedingt rückläufig war, ist der Zuwachs der Beschäftigtenzahl allein das Ergebnis von Wanderungen. Nach den verfügbaren Statistiken entfielen reichlich 7 vH aller Zuwanderungen in die Bundesrepublik auf Berlin (West). Von diesen 52 000 Personen kamen 44 000 aus der DDR, fast fünfmal soviel wie im Jahr zuvor. Dagegen hat sich die Zahl der Aussiedler — fast ausschließlich aus Polen — wegen administrativer Maßnahmen im vergangenen Jahr kaum noch erhöht. Von den Übersiedlern waren gut zwei Drittel, von den Aussiedlern etwa die Hälfte vor ihrem Zuzug erwerbstätig — insgesamt rund 35 000 Personen. Offenbar ist ein erheblicher Teil davon der stillen Reserve zuzuordnen.

Ausblick

Das wirtschaftliche Wachstum in Berlin (West) dürfte 1990 nochmals an Dynamik gewinnen. Es ist damit zu rechnen, daß die Leistung real um etwa 4 vH steigen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung wird damit vermutlich besser verlaufen als in der gesamten Bundesrepublik. Die Wirtschaft im Westteil der Stadt wird nicht nur von der allgemein günstigen Konjunktur beeinflusst, sondern — deutlich stärker als die anderer Bundesländer — auch von Käufen aus der DDR.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 1990 im Jahresdurchschnitt um 20 000 höher sein als im vergangenen Jahr. Zu diesem guten Ergebnis tragen auch zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei. Offen bleiben muß allerdings, ob dieser Beschäftigungsaufbau zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt. Das heimische Erwerbspotential ist altersstrukturbedingt weiter rückläufig, schwer einzuschätzen ist aber der Wanderungsverlauf. Im November letzten Jahres wurden die Aufnahmekontingente für die einzelnen Bundesländer neu geregelt. Seitdem ist die Zahl der in Berlin (West) auf-

genommenen Übersiedler deutlich zurückgegangen. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres blieben 3 400 in der Stadt. Selbst wenn die Zuwanderungen nach Berlin im weiteren Jahresverlauf nicht sinken, ist mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Im Hinblick auf die jüngste Entwicklung darf allerdings eine weitere Einflußgröße nicht außer acht gelassen werden: die möglicherweise schnelle und kräftige Zunahme von Pendlern aus Ost-Berlin und dem Umland. Im Zuge der Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft in der DDR wird es dort für eine Übergangszeit rasch zu hoher Arbeitslosigkeit kommen, so daß sich der Wettbewerb um Arbeitsplätze in Berlin (West) durch Grenzgänger erheblich verschärfen dürfte. Zudem ist nicht auszuschließen, daß wegen der in der DDR (noch) niedrigen Löhne eine Reihe von Unternehmen in Berlin (West), insbesondere im Handwerk, in der Konkurrenz mit Betrieben aus Ost-Berlin und der Umgebung Beschäftigungseinbußen hinnehmen muß. Dies dürfte vor allem in den Bereichen der Fall sein, in denen der Wettbewerb mehr über den Preis als über die Qualität der Leistung stattfindet.

Damit wird deutlich, daß die ökonomische Entwicklung in Berlin (West) nicht mehr isoliert betrachtet werden kann. Sie wird vielmehr in wachsendem Maße von der Entwicklung in der gesamten Region bestimmt werden. Der wirtschaftliche Umbruch in der DDR schlägt sich besonders stark in Berlin nieder, mit Auswirkungen, die im Positiven wie im Negativen noch nicht überschaubar sind. Die regionale Wirtschaftspolitik hat nur wenige Möglichkeiten, auf die Entwicklung Einfluß zu nehmen. Das Ausmaß und die Nachhaltigkeit der Probleme hängen entscheidend vom Tempo der wirtschaftlichen Besserung in der DDR selbst ab. Dafür ist eine schnelle und wirksame Unterstützung durch die Bundesrepublik erforderlich. In dieser Übergangsphase wäre ein überstürzter Abbau der vom Bund gewährten Unterstützungen für den Westteil der Stadt mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Strukturelle Defizite im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West)

Ein interregionaler Vergleich

Das verarbeitende Gewerbe in Berlin (West) hat seit längerem Anschluß an die bundesweite Entwicklung gefunden und befindet sich derzeit in einer guten konjunkturellen Situation. Dabei sind jedoch strukturelle Defizite festzustellen, die schon in den siebziger Jahren bestanden haben¹. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, ist der Fertigungsbereich in den Unternehmen der Berliner Industrie — insbesondere im Vergleich mit anderen Ballungsräumen im Bundesgebiet — nach wie vor überdurchschnittlich besetzt, produktionsnahe Dienste sind dagegen unterrepräsentiert. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß auch die Qualifikationsstruktur der hier Beschäftigten schlechter ist als in den Vergleichsregionen.

Tätigkeitsstruktur im verarbeitenden Gewerbe

Der Entwicklung neuer Produkte oder Produktionsverfahren, der Automatisierung und Optimierung des Fertigungsablaufs und der Vermarktung der Erzeugnisse kommt immer größere Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens zu. Eng damit verknüpft sind in der Regel positive Beschäftigungseffekte im Bereich produktionsnaher Dienste. Diese können sich sowohl unmittelbar bei den betreffenden Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe niederschlagen als auch im Dienstleistungssektor, der diese Leistungen anbietet. Mit der Verschiebung der Beschäftigungsstruktur von den klassischen Fertigungstätigkeiten zu derartigen Arbeitsplätzen sind in der Regel ein steigendes Qualifikationsniveau, zunehmende Arbeitsplatzsicherheit und wachsende Durchschnittseinkommen einer Wirtschaftsregion verbunden. Der Anteil solcher Tätigkeiten — gemessen an der Zahl aller Beschäftigten einer Branche oder einer Region — und seine Veränderung im Zeitverlauf sind daher ein

guter Indikator für Stand und Entwicklung des Modernitätsgrades der regionalen Industrie.

Als empirische Grundlage der Analyse wird die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten² für die Jahre 1980 und 1988 (Stichtag 30. 6.) herangezogen. Diese Statistik enthält Angaben über die ausgeübte Tätigkeit nach Berufsbezeichnungen, über den erreichten Ausbildungsabschluß sowie über die Stellung im Beruf — Informationen, die hier als Indikator für die funktionale Tätigkeitsstruktur sowie für das Qualifikationsniveau herangezogen werden.

¹ Zur Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1970 bis 1979, Bearb.: Kurt Geppert. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1980. — Zur Arbeitsplatzstruktur der Berliner Wirtschaft. Ein interregionaler Vergleich, Bearb.: Kurt Geppert und Peter Ring. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1983.

² Diese Statistik erfaßt Informationen über Arbeiter und Angestellte einschließlich Auszubildende. Daten über Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige werden nicht erhoben.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe von Berlin 1988 nach ausgewählten Branchen und Tätigkeitsfeldern

Branche	Beschäftigte	darunter:					
		Fertigung ²⁾	Dienste insgesamt	Forschung, Entwicklung ³⁾	technische Dienste ⁴⁾	Beratung ⁵⁾	Datenverarbeitung ⁶⁾
	Anteil am verarbeitenden Gewerbe in vH	Anteil an allen Beschäftigten der jeweiligen Branche in vH					
Insgesamt ¹⁾	100,0	55,9	43,4	4,1	7,8	0,3	0,9
darunter:							
Pharmazeutische Industrie	5,0	25,1	74,3	6,8	17,7	1,3	1,8
Maschinenbau	8,0	53,9	45,8	5,5	12,1	0,3	1,2
Straßenfahrzeugbau	7,2	62,8	36,1	1,8	5,1	0,1	0,5
Elektrotechnik	29,9	51,8	46,7	8,7	9,7	0,7	1,3

1) Einschl. Beschäftigte ohne Angabe. — 2) Fertigungsberufe. — 3) Ingenieure, Chemiker, Physiker. — 4) Techniker, technische Sonderfachkräfte. — 5) Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsberater. — 6) Datenverarbeitungsfachleute.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; DIW.

Produktionsnahe Dienste unterrepräsentiert

Im Jahre 1988 waren 56 vH der 186 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes von Berlin³ in Fertigungsberufen tätig. Im Vergleich zu 1980 ist die Beschäftigtenzahl im verarbeitenden Gewerbe um gut ein Zehntel zurückgegangen, und zwar gleichermaßen im Fertigungsbereich wie im Dienstleistungsbereich. Besonders stark war die Abnahme bei den einfachen Verwaltungsdiensten, im Lagerwesen sowie im Verkehr. Zugenommen hat die Beschäftigung dagegen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, technische Dienste, Datenverarbeitung und Beratung — Tätigkeitsfelder, die hier als Indikator für produktionsnahe Dienste herangezogen werden.

Die Unterschiede zwischen den Tätigkeitsstrukturen in den einzelnen Branchen sind erheblich. So entfällt auf die Fertigung in der pharmazeutischen Industrie lediglich ein Viertel der Beschäftigten, in anderen gewichtigen Branchen ist dieser mehr als doppelt so hoch. Den höchsten Fertigungsanteil weist das Verbrauchsgütergewerbe auf. Produktionsnahe Dienste haben vor allem in der Investitionsgüterindustrie ein über dem Durchschnitt liegendes Gewicht.

Ein interregionaler Vergleich zeigt zunächst, daß der Rückgang im Fertigungsbereich 1988 gegenüber 1980 in Berlin etwa der durchschnittlichen Entwicklung in den Ballungsgebieten des Bundesgebietes entspricht. Gleichzeitig ist jedoch die Zahl der Beschäftigten im industriellen Dienstleistungsbereich mehr als doppelt so stark geschrumpft wie dort. Forschung und Entwicklung, Datenverarbeitung sowie Beratungsleistungen sind in Berlin ausgebaut worden, aber in geringerem Maße als im Durchschnitt der anderen Regionen. Der Umfang der technischen Dienste veränderte sich in Berlin kaum. Insgesamt ist Berlin im Strukturwandel insbesondere gegenüber München und dem Rhein-Main-Gebiet zurückgefallen.

Im Zuge dieser Entwicklung hat sich der Rückstand Berlins beim Besatz mit industriellen Dienstleistungsar-

³ Die Differenz zu der in der monatlichen Berichterstattung ausgewiesenen Beschäftigtenzahl erklärt sich vor allem daraus, daß zum Kreis der Monatsmelder im wesentlichen nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten zählen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe 1988 nach Tätigkeitsfeldern und Regionen

Tätigkeitsfeld	Bundesgebiet insgesamt	Ballungsgebiete ¹⁾ insgesamt	darunter:						
			Berlin	Hamburg	Ruhrgebiet	Köln/Düsseldorf	Rhein-Main-Gebiet	Stuttgart	München
Veränderung gegenüber 1980 in vH									
Insgesamt	-5,3	- 8,0	-10,8	-10,0	-13,8	- 8,7	- 8,3	1,4	- 5,9
darunter:									
Fertigung	-7,4	-10,8	-11,3	-12,7	-14,0	-10,7	-13,1	-0,8	-14,2
Dienste	-1,5	- 4,1	-10,4	- 6,6	-13,1	- 5,8	- 1,6	4,2	2,0
davon:									
Forschung, Entwicklung	28,0	23,6	9,4	23,9	6,1	17,8	20,8	39,6	39,1
technische Dienste	5,9	2,2	- 1,0	3,1	- 6,5	- 2,2	8,3	13,2	1,7
Beratung	47,0	44,2	23,9	32,7	10,0	36,7	38,0	61,2	59,0
Datenverarbeitung	49,1	42,4	27,1	44,2	22,1	61,1	26,5	50,0	41,0
sonstige	-6,6	-10,0	-15,6	-12,6	-16,8	-10,4	- 7,3	-3,8	- 6,9
Anteil an allen Beschäftigten in vH									
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:									
Fertigung	58,4	53,9	55,9	51,6	59,9	54,5	51,5	55,0	43,2
Dienste	41,2	45,6	43,4	47,8	39,9	45,1	48,1	44,5	55,8
davon:									
Forschung, Entwicklung	3,2	4,4	4,1	4,3	2,6	3,8	4,6	4,7	8,2
technische Dienste	7,4	8,8	7,8	8,2	8,2	9,1	9,8	8,5	9,3
Beratung	0,2	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3	0,3	1,1
Datenverarbeitung	0,9	1,2	0,9	1,2	0,6	0,9	1,0	1,5	2,8
sonstige	29,5	30,9	30,3	33,8	28,4	31,1	32,4	29,5	34,4

¹⁾ Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Ruhrgebiet, Köln/Düsseldorf, Rhein-Main-Gebiet, Rhein-Neckar-Gebiet, Karlsruhe, Stuttgart, München, Nürnberg.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; DIW.

beitsplätzen vergrößert. 1980 war der Anteil entsprechend Beschäftigter um lediglich 0,5 vH-Punkte niedriger als im Durchschnitt der Ballungsgebiete, 1988 betrug der Abstand schon 2,1 vH-Punkte⁴. Gegenüber München war der Abstand schon 1980 besonders groß (8,3 vH-Punkte), er nahm bis 1988 auf 12,4 vH-Punkte zu. Auch gegenüber anderen gewichtigen Industrieregionen wie Hamburg, Köln/Düsseldorf, dem Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Raum sowie Stuttgart ist der Rückstand größer geworden. Lediglich der Vorsprung zum unterdurchschnittlich ausgestatteten Ruhrgebiet konnte gehalten werden (+3,6 vH-Punkte).

Bei Forschung und Entwicklung konnte der ehemals leichte Vorsprung Berlins gegenüber dem Durchschnitt der Ballungsgebiete nicht gehalten werden. Das Rhein-Main-Gebiet und die süddeutschen Ballungsgebiete wiesen in diesem Bereich allerdings schon 1980 höhere Beschäftigungsanteile auf, die bis 1988 noch zunahmen.

Die regionalen Unterschiede in der Bedeutung einzelner Tätigkeitsfelder werden in der Elektrotechnik deutlich, wo der Fertigungsanteil in Berlin um 6,6 vH-Punkte über dem Durchschnitt in den Ballungsräumen (45,2 vH) lag; 1980 betrug der Abstand 5 vH-Punkte. Gravierend sind die Unterschiede gegenüber München. Dort war 1988 nur knapp ein Viertel der Beschäftigten in der Fertigung tätig. Der Forschungsbereich ist dort doppelt so stark, die Datenverarbeitung sogar fünfmal so stark besetzt wie in Berlin. Die hierin zum Ausdruck kommende interregionale Arbeitsteilung zu Lasten Berlins ist auch in der Mehrzahl der anderen Branchen zu beobachten, besonders stark ist sie in der Körperpflegemittel-Industrie, im Straßenfahrzeugbau, in der EDV-Geräte-Industrie, im

Kunststoff- und Textilgewerbe sowie in der Süßwaren- und Zigarettenindustrie. Die Tätigkeitsstruktur im Berliner Maschinenbau und in der EBM-Industrie entsprach in beiden Vergleichsjahren der des Durchschnitts der Ballungsgebiete. Von den gewichtigen Branchen hatte allein die pharmazeutische Industrie 1980 wie 1988 einen relativ hohen Dienstleistungsanteil (5 vH-Punkte über dem Durchschnitt der Ballungsgebiete), der überwiegend dem Forschungs- und Entwicklungsbereich zuzuschreiben ist.

Qualifikationsniveau entsprechend ungünstiger

Die vergleichsweise starke Konzentration des Berliner verarbeitenden Gewerbes auf den Fertigungsbereich — aber auch die Struktur der Fertigung selbst — wirkt sich auch auf das Qualifikationsniveau der Beschäftigten aus: Der Anteil der Arbeitskräfte, die aufgrund ihrer Ausbildung oder ihrer Berufspraxis als Facharbeiter beschäftigt waren, belief sich 1988 auf 24 vH, im Durchschnitt der Ballungsgebiete waren es 27 vH. Bezieht man die Zahl der Facharbeiter auf die Zahl aller Arbeiter, so wird der Unterschied noch deutlicher (Berlin 40 vH, Ballungsgebiete 49 vH). Knapp 6 vH der Beschäftigten in Berlin weisen einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß auf. Damit nimmt die Stadt bei der Akademikerquote einen mittleren Platz unter den Ballungsgebieten ein.

Im Beobachtungszeitraum hat sich das Qualifikationsniveau im Berliner verarbeitenden Gewerbe insgesamt verbessert. Der Anteil der Facharbeiter ist leicht ge-

⁴ Die Sonderauswertungen der Beschäftigtenstatistik für die Jahre 1986 und 1987 bestätigen diese Veränderungen und zeigen zugleich, daß es sich um einen stetigen Prozeß handelte.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe 1988 nach Ausbildungsstand bzw. Stellung im Beruf und nach Regionen

Ausbildungsstand bzw. Stellung im Beruf	Bundesgebiet insgesamt	Ballungsgebiete insgesamt	darunter:						
			Berlin	Hamburg	Ruhrgebiet	Köln/Düsseldorf	Rhein-Main-Gebiet	Stuttgart	München
Veränderung gegenüber 1980 in vH									
Insgesamt	-5,3	-8,0	-10,8	-10,0	-13,8	-8,7	- 8,3	1,4	-5,9
darunter:									
Auszubildende	2,0	5,1	5,6	- 1,8	8,0	15,9	0,0	13,5	-8,3
Facharbeiter ¹⁾	-3,6	-7,7	- 9,6	-11,7	-12,7	-9,7	-11,0	10,7	-7,9
Akademiker ²⁾	39,0	33,0	23,3	28,3	17,3	27,4	29,1	49,0	40,9
Anteil an allen Beschäftigten in vH									
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:									
Auszubildende	7,4	6,6	4,7	7,3	7,5	6,4	6,6	5,7	6,2
Facharbeiter ¹⁾	28,1	27,4	24,1	29,1	31,3	27,4	29,0	25,2	24,3
Akademiker ²⁾	4,5	6,2	5,7	6,1	3,4	5,1	7,1	6,6	11,8

¹⁾ Vollzeitbeschäftigt. — ²⁾ Beschäftigte mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluß.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; DIW.

stiegen. Die Zahl der beschäftigten Akademiker hat um 23 vH zugenommen. Gleichwohl verlief der Qualifizierungsprozeß im Durchschnitt der bundesdeutschen Ballungsgebiete schneller.

Eine wesentliche Ursache für die insgesamt festgestellten Defizite liegt darin, daß viele der in der Stadt engagierten multiregionalen Unternehmen, mit Geschäftsleitung im Bundesgebiet oder im Ausland, hier überwiegend reine Produktionsstätten angesiedelt oder ausgebaut haben. Diese Form der interregionalen Arbeitsteilung trägt zu den Strukturdefiziten nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Berliner Wirtschaft insgesamt bei, da Zweigbetriebe in der Regel wichtige Dienstleistungen in geringerem Maße von lokalen Anbietern beziehen als heimische Unternehmen und meist vom zugehörigen Mutterunternehmen versorgt werden. Daher überrascht es nicht, daß die Anteilsunterschiede wichtiger Dienstleistungen zwischen Berlin und den Ballungsräumen in der Gesamtwirtschaft noch größer sind als im verarbeitenden Gewerbe. Dies betrifft mit steigender Tendenz vor allem die Datenverarbeitung sowie Forschung und Entwicklung.

Fazit

Das verarbeitende Gewerbe in Berlin (West) ist im Strukturwandel gegenüber den Ballungsgebieten im

übrigen Bundesgebiet, insbesondere gegenüber dynamischen Regionen, zurückgeblieben. Dieser Prozeß ist weniger Ausdruck von Unterschieden in den Branchenstrukturen, sondern mehr eine Folge der ausgeprägten interregionalen Arbeitsteilung innerhalb der Sektoren.

Die Öffnung der DDR und die zu erwartende Verzahnung ihrer Wirtschaft mit der Bundesrepublik werden die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Berlin (West) verändern. Die ökonomisch wirksamen Standortnachteile, die aus der Isolierung der Stadt von ihrem wirtschaftlichen Umland resultierten und die letztlich zu den Strukturdefiziten geführt haben, werden in absehbarer Zeit wohl an Gewicht verlieren.

Der Standort Berlin wird von der räumlichen Nähe zu den neuen Märkten in der DDR profitieren. Auswärtige Unternehmen dürften sich wieder mit zentralen Funktionen in der Stadt engagieren. Der Mangel an Gewerbeflächen und die bereits relativ intensive Nutzung des Stadtgebiets von Berlin (West) dürften einer weiteren Expansion hier freilich enge Grenzen setzen. Im Ostteil der Stadt und im nahen Umland sind Flächenreserven vorhanden. Allerdings sind dort die Defizite an moderner wirtschaftsnaher Infrastruktur evident und werden selbst dann nur langsam abgebaut werden können, wenn finanzielle Hilfen über bereits angekündigte Programme hinaus wirksam werden.

Bauwirtschaft: Beschleunigte Zunahme von Nachfrage und Produktion

Die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich 1990 im fünften Jahr des Aufschwungs. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Baubereichen recht unterschiedlich. Im Wirtschaftsbau sind Nachfrage und Produktion seit 1983, im öffentlichen Bau seit 1986 und im Wohnungsbau seit 1988 aufwärts gerichtet. Alle verfügbaren Indikatoren lassen erwarten, daß diese günstige Entwicklung vorerst anhält. Große Bedeutung kommt in dieser Situation der Ausweitung der Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft zu. Mittelfristig aber sind — bei Anhalten der Zins- und Baupreisentwicklung — im Bereich des Wohnungsbaus und des Wirtschaftsbaus Risiken vorgezeichnet.

Aktuelle Entwicklung

Nach einer Phase der Nachfrageschwäche in den Jahren 1981 bis 1985 hat die Bautätigkeit tendenziell wieder zugenommen. Im vergangenen Jahr lag das gesamte reale Bauvolumen um 4,7 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr. Der Zuwachs fiel damit größer aus als 1988 (4,2 vH), da im ersten Quartal die konjunkturelle Grundtendenz durch die verstärkte Produktion im Zusammenhang mit dem außergewöhnlich milden Winterwetter deutlich überzeichnet wurde. Zur kräftigen Produktionsausweitung trug vor allem der Wirtschaftsbau bei, der — wie erwartet¹ — am stärksten expandierte (7,5 vH). Auch die Entwicklung im öffentlichen Bau (+2,7 vH) entsprach weitgehend den Erwartungen. Dagegen war der Zuwachs im Wohnungsbau (4 vH) geringer als allgemein angenommen, da die Ausweitung der Produktion der Nachfragesteigerung nur schleppend folgte.

Der Preisauftrieb hat sich spürbar beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt 1989 waren die Preise für die Bauleistungen insgesamt um 3,4 vH höher als ein Jahr zuvor. Bei den Produzentengruppen waren die Preise für Ausbauleistungen zuletzt um etwa 4 vH höher als vor Jahresfrist. Anfang dieses Jahres hat sich im Zuge der anhaltenden Expansion der Nachfrage der Produktionsanstieg fortgesetzt; er dürfte im ersten Quartal 1990 — wiederum witterungsbedingt — über dem konjunkturellen Trend liegen. Die Unternehmen haben jetzt in Erwartung eines anhaltenden Aufschwungs ihren Attentismus aufgegeben und passen die Beschäftigung den Erfordernissen der Produktion an.

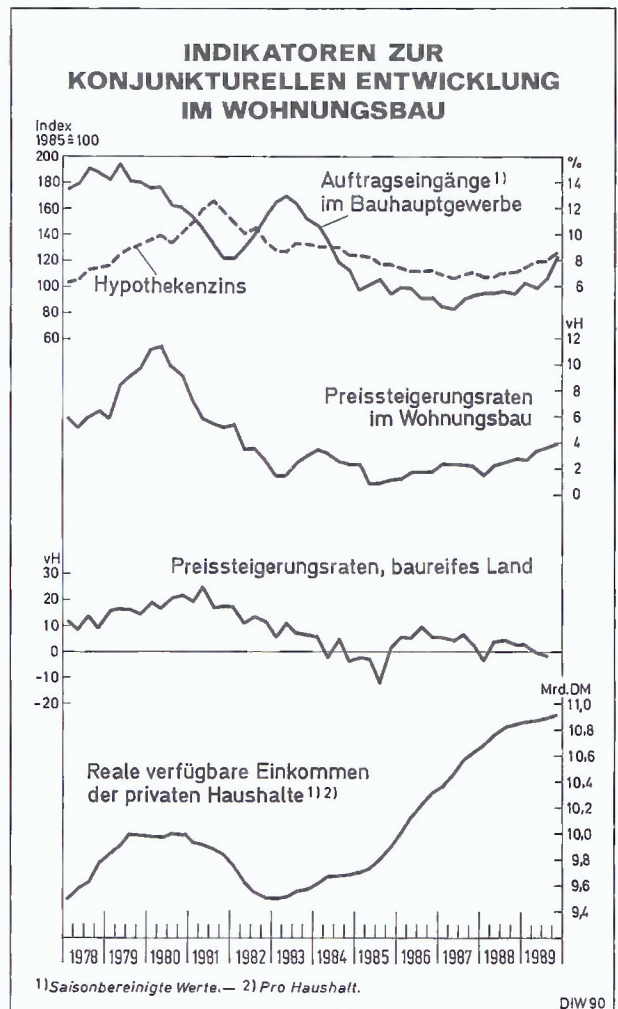
Wohnungsbau

Der Wiederanstieg von Nachfrage und Produktion im Wohnungsbau verlief in den Teilbereichen recht unterschiedlich. Vergleichsweise niedrige Hypothekenzinsen, ein geringer Anstieg der Bau- und Grundstückspreise und eine günstige Entwicklung der verfügbaren Einkommen führten bereits 1986 zu einer Expansion der Nachfrage nach Einfamilienhäusern.

Die günstigen Rahmenbedingungen allein reichten aber nicht aus, um die Nachfrage im Zweifamilien-

hausbau und im Geschoßwohnungsbau zu stimulieren. Im Geschoßwohnungsbau kam es 1988 zu einer boomartigen Nachfrageausweitung. Hierfür waren mehrere Faktoren ausschlaggebend: vor allem wieder steigende Mieten und Wertsteigerungserwartungen und zuletzt die zunehmende Nachfrage nach Wohnraum im Zusammenhang mit dem Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern.

¹ Vgl. Bauwirtschaft: Kräftiger Produktionszuwachs und Beschleunigung des Preisauftriebs. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1989, S. 485.



Entwicklung des Bauvolumens¹⁾ nach Baubereichen und Produzentengruppen

Jahr	nach Baubereichen								nach Produzentengruppen				
	Wohnungs- bau	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bau- volumen ins- gesamt	Bau- haupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe	Verar- beitens- des Gewerbe	Archit.- leist., Gebühren sonst. Bauleist
		Ins- gesamt	Hoch- bau	Tief- bau	Ins- gesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonst. Tiefbau					
Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill. DM													
1985	113860	63800	47910	15890	56700	22160	13420	21120	234360	106440	66150	18360	43410
1986	114360	68600	51760	16840	61830	23950	14470	23410	244790	112230	68630	19330	44600
1987	115180	71910	54830	17080	62700	24710	14630	23360	249790	112990	71790	19820	45190
1988	122840	77030	58780	18250	65750	25870	15350	24530	265620	119960	76170	21070	48420
1989	132260	85670	65310	20360	69520	26920	16670	25930	287450	130140	81170	23430	52710
1988 I	24430	15610	12020	3590	11830	5370	2210	4250	51870	22180	15860	4510	9320
II	31750	19590	14990	4600	17690	6560	4400	6730	69030	32710	18270	5170	12880
III	33760	21370	16260	5110	19040	7130	4810	7100	74170	34250	20970	5550	13400
IV	32900	20460	15510	4950	17190	6810	3930	6450	70550	30820	21070	5840	12820
1989 I	27780	18010	13700	4310	13990	5970	2950	5070	59780	26740	16980	5210	10850
II	34170	21830	16760	5070	18240	6800	4580	6860	74240	34620	19830	5830	13960
III	35350	23300	17730	5570	19180	7180	4920	7080	77830	35390	22310	6040	14090
IV	34960	22530	17120	5410	18110	6970	4220	6920	75600	33390	22050	6350	13810
Preisentwicklung (1980 = 100)													
1985	116,3	113,4	114,8	109,1	107,9	115,5	103,3	103,7	113,4	107,8	121,3	116,1	115,3
1986	118,2	115,6	117,0	111,6	110,0	117,4	105,3	106,0	115,3	109,7	123,5	118,8	117,2
1987	120,9	118,2	119,5	114,0	111,9	119,9	106,5	107,8	117,7	111,4	126,8	122,0	119,4
1988	123,7	120,5	121,9	116,1	113,8	122,5	107,7	109,5	120,2	113,2	130,3	124,8	121,9
1989	128,0	124,6	126,2	119,8	117,1	126,9	110,0	112,8	124,2	116,8	135,2	129,1	126,0
1988 I	122,2	119,0	120,4	114,7	113,7	121,3	107,6	108,4	119,2	112,2	128,5	123,1	120,6
II	122,9	119,9	121,3	115,7	113,0	121,9	107,3	109,2	119,4	112,8	129,9	124,4	121,5
III	124,1	121,0	122,4	116,5	113,7	122,7	107,7	109,8	120,4	113,4	130,8	125,5	122,3
IV	125,0	121,7	123,3	116,9	114,7	123,9	108,0	110,2	121,4	114,1	131,5	125,9	122,8
1989 I	125,6	122,5	124,0	117,9	116,0	124,7	108,8	111,1	122,3	115,0	133,0	126,7	124,0
II	127,3	124,1	125,6	119,3	116,4	126,4	109,3	112,4	123,5	116,3	134,8	128,7	125,6
III	128,9	125,2	126,8	120,5	117,4	127,5	110,3	113,3	124,8	117,3	135,8	129,9	126,6
IV	129,7	126,3	127,9	121,4	118,5	128,5	111,2	114,0	125,8	118,3	136,6	130,7	127,2
Bauvolumen zu Preisen von 1980 in Mill. DM													
1985	97874	56283	41719	14565	52551	19187	12993	20372	206708	98748	54518	15809	37634
1986	96718	59318	44233	15084	56215	20394	13736	22085	212250	102349	55581	16275	38046
1987	95279	60856	45878	14978	56017	20607	13732	21678	212152	101434	56633	16249	37836
1988	99343	63930	48204	15725	57783	21118	14259	22405	221055	105983	58462	16884	39726
1989	103346	68751	51761	16989	59358	21219	15153	22986	231455	111410	60047	18150	41849
1988 I	19986	13115	9985	3130	10403	4429	2055	3919	43503	19776	12338	3664	7725
II	25832	16335	12359	3976	15649	5383	4102	6165	57816	28998	14059	4157	10602
III	27199	17666	13280	4386	16743	5809	4465	6469	61608	30190	16037	4424	10958
IV	26326	16813	12580	4233	14988	5498	3637	5853	58127	27019	16028	4639	10441
1989 I	22109	14705	11048	3657	12060	4786	2711	4563	48874	23252	12764	4111	8747
II	26851	17595	13345	4250	15672	5380	4189	6103	60118	29759	14711	4530	11118
III	27428	18608	13983	4624	16340	5631	4459	6250	62376	30168	16427	4650	11130
IV	26958	17843	13385	4458	15287	5423	3794	6070	60087	28230	16144	4860	10854
Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in %													
1985	-11,6	-2,0	-3,6	2,9	-0,9	-2,1	-5,0	3,1	-6,6	-10,2	-2,6	1,9	-5,5
1986	-1,2	5,4	6,0	3,6	7,0	6,3	5,7	8,4	2,7	3,6	1,9	2,9	1,1
1987	-1,5	2,6	3,7	-0,7	-0,4	1,0	-0,0	-1,8	-0,0	-0,9	1,9	-0,2	-0,6
1988	4,3	5,0	5,1	5,0	3,2	2,5	3,8	3,4	4,2	4,5	3,2	3,9	5,0
1989	4,0	7,5	7,4	8,0	2,7	0,5	6,3	2,6	4,7	5,1	2,7	7,5	5,3
1988 I	16,9	17,7	16,2	23,0	33,8	20,9	64,9	36,7	20,8	40,2	6,4	8,8	11,1
II	3,1	3,5	4,0	1,9	0,7	-0,5	1,5	1,4	2,5	1,0	2,6	4,2	6,3
III	0,7	1,8	1,9	1,2	-2,5	-1,9	-4,0	-2,0	0,1	-2,3	2,7	2,2	2,5
IV	0,8	1,5	1,7	0,8	-3,5	-2,0	-4,1	-4,5	-0,1	-2,5	2,0	1,7	2,2
1989 I	10,6	12,1	10,6	16,8	15,9	8,1	31,9	16,4	12,3	17,6	3,5	12,2	13,2
II	3,9	7,7	8,0	6,9	0,1	-0,1	2,1	-1,0	4,0	2,6	4,6	9,0	4,9
III	0,8	5,3	5,3	5,4	-2,4	-3,1	-0,1	-3,4	1,2	-0,1	2,4	5,1	1,6
IV	2,4	6,1	6,4	5,3	2,0	-1,4	4,3	3,7	3,4	4,5	0,7	4,8	3,9

¹⁾ Berechnungen des DIW.

Bauüberhang, Baugenehmigungen und Fertigstellungen von Wohnungen¹⁾
in 1000

	1973	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989 ²⁾	1990 ³⁾
Bauüberhang Anfang des Jahres ⁴⁾	1072,5	593,9	572,6	550,5	523,7	584,1	504,7	425,3	375,4	331,3	321,2	340
Bestand an im Bau befindlichen Bauvorhaben Anfang des Jahres	835,5	443,6	427,2	400,8	364,3	413,0	350,6	275,3	244,6	217,8	217,0	200
Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Anfang des Jahres	237,0	150,3	145,4	149,7	159,4	171,1	154,1	150,0	130,8	113,5	104,2	140
+ Genehmigungen	658,9	380,6	356,0	335,0	419,7	336,1	252,2	219,2	190,7	214,3	276,0	360
— Löschungen (einschl. statistische Differenzen)	18,1	13,0	12,6	14,8	18,5	17,1	19,5	17,2	17,5	15,8	17,0	17
= Potential von Baubeginnen während des Jahres	877,8	517,9	488,8	469,9	560,6	490,1	386,8	352,0	304,0	312,0	363,2	483
— Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Ende des Jahres	238,8	145,4	149,7	159,4	171,1	154,1	150,0	130,8	113,5	104,2	140,0	120
= Baubeginne während des Jahres	639,0	372,5	339,1	310,5	389,5	336,0	236,8	221,2	190,5	207,8	223,2	363
— Fertigstellungen	714,2	388,9	365,5	347,0	340,8	398,4	312,1	251,9	217,3	208,6	240,0	310
= Zuwachs an im Bau befindlichen Bauvorhaben während d. Jahres	-75,2	-16,4	-26,4	-36,5	48,7	-62,4	-75,3	-30,7	-26,8	-0,8	-17	53

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden; einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Angaben der Bautätigkeitsstatistik und eigene Berechnungen. — 2) Teilweise Schätzung. — 3) Schätzung. — 4) Bauüberhang zzgl. Genehmigungen abzgl. Fertigstellungen abzgl. Löschungen ergibt den Bauüberhang des nächsten Jahres.

Auch wohnungspolitische Maßnahmen² dürften dazu beigetragen haben, daß seit 1988 die Nachfrage in allen Teilbereichen des Wohnungsbaus kräftig expandiert.

1989 lag das gesamte reale Wohnungsbauvolumen aber nur um 4 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr. Offensichtlich konnte aufgrund von Kapazitätsengpässen die Produktion der Nachfrage nur allmählich angepaßt werden. Im Vordergrund der Bautätigkeit stand wie 1988 der Neubau, während die Entwicklung im Bestandsbereich eher verhalten war. Bei den Produzentengruppen wurden hohe Zuwächse im Bereich des verarbeitenden Gewerbes (5,5 vH) und im Bauhauptgewerbe (5 vH) erzielt. Die realen Zuwächse im Bereich des Ausbaugewerbes waren vergleichsweise gering (2,7 vH).

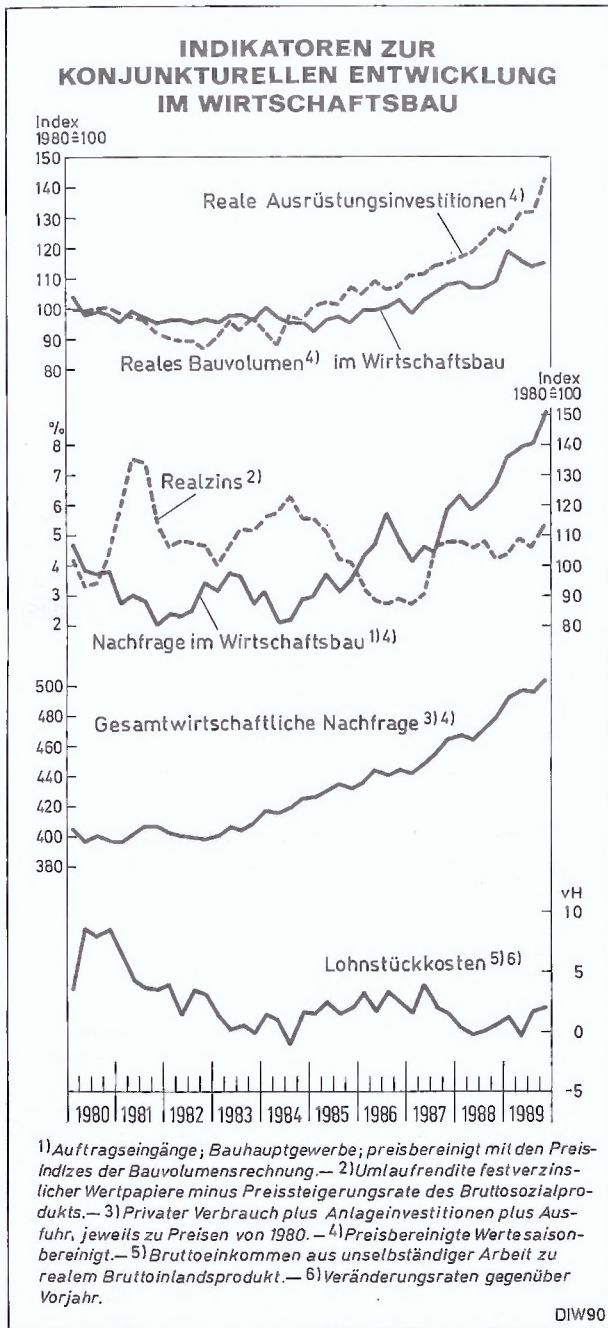
Für das gesamte Jahr 1990 ist eine kräftige Zunahme des realen Wohnungsbauvolumens zu erwarten, da die nachfragestimulierenden Faktoren die Oberhand behalten werden. Der Bedarf an Wohnraum ist, wie dies auch die Ergebnisse der Wohnungszählung 1987 ergaben, so groß, daß er in den kommenden Jahren nicht durch Zugänge befriedigt werden kann, die in der Größenordnung der gegenwärtig geringen Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen liegen. Die angespannte Situation im Wohnungsbau dürfte sich kurzfristig eher noch verschärfen, da auch weiterhin mit Zuwanderungen

gerechnet werden muß und die Bauwirtschaft ihre personellen Kapazitäten nicht rasch genug der Nachfrageexpansion anpassen kann. Gleichwohl ist für die kommenden Quartale mit einem kontinuierlichen Wachstum des realen Wohnungsbauvolumens zu rechnen.

Hemmnisse beim Beginn und bei der Abwicklung von Bauvorhaben sollen durch das unlängst beschlossene und bereits vom 1. Mai an geltende Wohnungsbauerleichterungsgesetz möglichst gering gehalten werden. Die Genehmigungs- und Bauplanungsverfahren in den Gemeinden sollen verkürzt, Bauland soll schneller mobilisiert werden.

Für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus sind auch Risiken vorgezeichnet. Bei der kräftigen Nachfrageexpansion besteht angesichts der hohen Kapazitätsauslastung der Bauunternehmen die Gefahr, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt. Im Bereich des Eigenheimbaus wird die Preisentwicklung allmählich nachfragegedämpfend wirken. Sollte darüber hinaus das Zinsniveau hoch bleiben, ist mit einem Rückgang der Nachfrage zumindest im Eigenheimbau zu rechnen.

² Vgl. Wohnungsbau 1989 und 1990: Förderung nicht ausreichend. Bearb.: Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1990, S. 27 ff.



Wirtschaftsbau

Der Wirtschaftsbau verläuft auch weiterhin parallel zur gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Seit 1983 hat hier das reale Bauvolumen tendenziell zugenommen. Im vergangenen Jahr expandierte die Produktion noch kräftiger als im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau. Das reale Bauvolumen im Wirtschaftsba lag 1989 um 7,5 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr und trug damit entscheidend zum Wachstum des gesamten Bauvolumens bei.

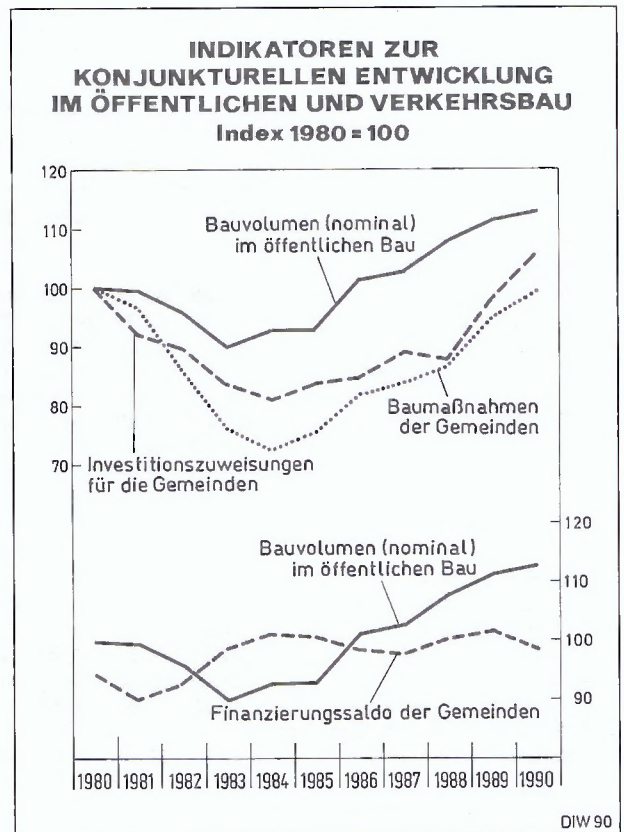
Die Expansion im Wirtschaftsbau wird auch 1990 anhalten. Diese Einschätzung ergibt sich aus der Entwicklung der Nachfrage, gemessen an den realen Baugenehmigungen, den Auftragsbeständen und -eingängen. Die Investitionsbedingungen sind weiterhin gut. Günstige Ertragsverhältnisse, eine hohe Auslastung der Kapazitäten im Zusammenhang mit erhöhter Nachfrage sowie positive Absatz- und Ertrags Erwartungen werden auch bauintensive Erweiterungsinvestitionen begünstigen. Die Entwicklungen in Osteuropa und die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes dürften Erweiterungsinvestitionen zusätzlich stimulieren.

Mittelfristig sind in diesem Bereich ebenfalls Risiken erkennbar. Auch hier dämpfen hohe Zinsen den Nachfrageanstieg, da die Unternehmen ihre Investitionen in Sachanlagen dann erfahrungsgemäß kürzen und verstärkt Anlagen in Geldkapital tätigen.

In welchem Umfange Unternehmen aus der Bundesrepublik Investitionen in der DDR, zusätzlich zu den in der Bundesrepublik geplanten, vornehmen werden, oder ob es zu regionalen Verlagerungen und damit zu Kürzungen für im Bundesgebiet vorgesehene Investitionen kommt, kann derzeit nicht gesagt werden.

Öffentlicher und Verkehrsbau

Die Bautätigkeit im öffentlichen und Verkehrsbau ist vor allem von der Finanzlage der Gemeinden, dem Hauptin-



vestor in diesem Bereich, abhängig. Die Gemeinden konnten im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ihre Finanzlage deutlich verbessern. Auch die Investitionszuweisungen des Bundes und der Länder, die für Baumaßnahmen der Gemeinden und damit für die Entwicklung des Bauvolumens im öffentlichen Bau von großer Bedeutung sind, nahmen kräftig zu. Aufgrund der verbesserten Finanzlage erhöhte sich auch der Finanzierungssaldo der Gemeinden, der ebenfalls in engem Zusammenhang zum Bauvolumen im öffentlichen Bau steht.

Seit 1986 hat die Bautätigkeit im öffentlichen Bau tendenziell zugenommen. Im vergangenen Jahr war der Zuwachs (2,7 vH) allerdings geringer als in den anderen Baubereichen und überwiegend Resultat der Expansion im ersten Quartal, in dem die Produktion witterungsbedingt kräftig ausgeweitet wurde.

Auch in diesem Jahr dürfte die Bautätigkeit im öffentlichen Bau expandieren. Diese Einschätzung wird von der derzeitigen Entwicklung von Auftragsbeständen und -einzügen gestützt. Die erwartete Zunahme der Investitionszuweisungen weist ebenfalls in diese Richtung. Im Laufe dieses Jahres dürfte sich die Nachfrage jedoch wieder abschwächen, da der Finanzierungsspielraum der Gemeinden insgesamt kleiner werden dürfte. Die Steuereinnahmen werden wegen der Steuerreform geringer ausfallen und die Ausgaben im Bereich „Soziale Leistungen“ durch weitere Zuwanderungen kräftiger zunehmen als im Vorjahr.

Die beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Städtebauförderungsprogramm, Strukturhilfeprogramm) werden in diesem Jahr zwar nachfragestabilisierend, aber nicht mehr nachfragesteigernd wirken. Von der Preis- und Zinsentwicklung gehen mittelfristig eher nachfragedämpfende Effekte aus. Risiken für die weitere Entwicklung der öffentlichen Investitionen knüpfen sich auch an eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR. Sollten öffentliche Investitionen in der DDR u.a. durch Kürzungen der Investitionszuweisungen an die Gemeinden in der Bundesrepublik finanziert werden, könnte dies zu einem Rückgang der öffentlichen Investitionen im Bundesgebiet führen.

Fazit

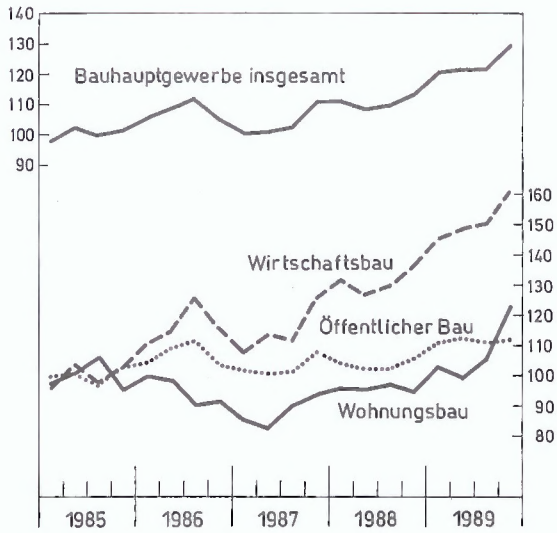
Insgesamt dürfte das reale Bauvolumen 1990 um mindestens 5 vH und damit — entgegen früheren Erwartungen — stärker zunehmen als im vergangenen Jahr. Die Produktionsausweitung im Jahre 1989 konnte nicht mit der boomartigen Nachfrageausweitung Schritt halten, so daß das Baupotential kräftig aufgestockt wurde. Im ersten Quartal dieses Jahres wurde die Bautätigkeit erneut durch vergleichsweise mildes Winterwetter begünstigt. Von der Durchschnittsentwicklung werden — wie in den vergangenen zwei Jahren — der Wirtschaftsbaubau nach oben, der öffentliche Bau nach unten abweichen.

Der Preisaufrtrieb wird sich nachfragebedingt weiter beschleunigen. Im Verlauf des Jahres werden die Steige-

Entwicklung des Bauvolumens und der Preise nach Baubereichen und Produzentengruppen

	Bauvolumen zu Preisen von 1980								Preisentwicklung			
	in Mrd. DM				Veränderungsraten in vH				Veränderungsraten in vH			
	1987	1988	1989	1990 ¹⁾	1987	1988	1989	1990 ¹⁾	1987	1988	1989	1990 ¹⁾
nach Baubereichen												
Wohnungsbau	95,28	99,34	103,35	109,6	-1,5	4,3	4,0	6,0	2,2	2,3	3,5	4,5
Wirtschaftsbau	60,86	63,93	68,75	73,2	2,6	5,0	7,5	6,5	2,2	2,0	3,4	4,5
Gewerblicher Hochbau	45,88	48,20	51,76	55,4	3,7	5,1	7,4	7,0	2,1	2,0	3,5	—
Gewerblicher Tiefbau	14,98	15,73	16,99	17,8	-0,7	5,0	8,0	5,0	2,1	1,8	3,3	—
Öffentlicher und Verkehrsbau	56,02	57,78	59,36	60,8	-0,4	3,2	2,7	2,5	1,8	1,7	2,9	4,0
Öffentlicher Hochbau	20,61	21,12	21,22	21,6	1,0	2,5	0,5	2,0	2,1	2,2	3,6	—
Straßenbau	13,73	14,26	15,15	15,6	-0,0	3,8	6,3	3,0	1,1	1,0	2,2	—
Sonstiger Tiefbau	21,68	22,41	22,99	23,6	-1,8	3,4	2,6	2,5	1,7	1,6	3,0	—
Bauvolumen insgesamt	212,15	221,05	231,46	243,6	-0,0	4,2	4,7	5,2	2,1	2,1	3,4	4,5
nach Produzentengruppen												
Bauhauptgewerbe	101,43	105,98	111,41	118,2	-0,9	4,5	5,1	6,1	1,6	1,6	3,2	4,5
Hochbau	64,23	67,47	71,12	76,3	-1,0	5,0	5,4	7,3	1,6	1,7	3,4	—
Tiefbau	37,21	38,52	40,29	41,9	-0,7	3,5	4,6	4,0	1,6	1,4	2,8	—
Ausbaugewerbe	56,63	58,46	60,05	62,2	1,9	3,2	2,7	3,6	2,7	2,8	3,8	5,0
Verarbeitendes Gewerbe	16,25	16,88	18,15	19,2	-0,2	3,9	7,5	5,8	2,7	2,3	3,4	4,5
Architektenleistungen, Gebühren, sonstige Bauleistungen	37,84	39,73	41,85	44,0	-0,6	5,0	5,3	5,1	1,9	2,0	3,3	4,5
1) Schätzung; gerundete Zahlen.												

AUFTRAGSEINGÄNGE IM BAUHAUPTGEWERBE 1985 = 100



1) Preisbereinigt mit den Preisindizes der Bauvolumensrechnung.

DIW 90

rungsraten in einigen Baubereichen und Produzenten-
gruppen etwa 5 vH betragen. Im Zuge der anhaltenden
Expansion von Nachfrage und Produktion wird jedoch die
Beschäftigung weiter zunehmen. Im Jahresdurchschnitt
1990 dürfte die Zahl der Beschäftigten im Bauhaupt- und
Ausbaugewerbe insgesamt um etwa 50 000 über dem
Stand vom Vorjahr liegen.

Angesichts der Engpässe, die sich auf den Baumärkten
abzeichnen, kommt einer Ausweitung der Beschäftigten-
zahl in der Bauwirtschaft erhebliche Bedeutung zu. Die
Indikatoren für die Beschäftigungslage zeigen einen zu-
nehmenden Facharbeitermangel. Um ihn zu beheben,
wird es notwendig sein, nicht nur die Zahl der Auszubil-
denden zu erhöhen, sondern verstärkt auch umzuschulen
und weiterzubilden. In solche Programme sollten auch
Aussiedler und Übersiedler einbezogen werden. Dem
Aufbau von Umschulungskapazitäten kommt nicht nur in
der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR große Be-
deutung zu. Schon jetzt ist zu erkennen, daß die Bauwirt-
schaft in der DDR eine der künftigen Wachstumsbran-
chen sein wird, die ihren Arbeitskräftebedarf nicht allein
aus dem bisherigen Stamm von Beschäftigten in dieser
Branche wird decken können.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
ETX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung von Berlin (West) 1989/90. Bearbeitet von Karl Brenke. —
Strukturelle Defizite im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West). Bearbeitet von Alexander Eickelpasch. —
Bauwirtschaft: Beschleunigte Zunahme von Nachfrage und Produktion. Bearbeitet von Joachim A. Hübener.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten